

die in sich geschlossene Welten voneinander trennt.“ Nach dieser Darstellung, die die kontroversen Gegebenheiten im innerkirchlichen Leben Österreichs recht treffend charakterisiert, nannte der Papst als zweite Gefahr eine unzureichende qualifizierte oder zu wenig vorbereitete Öffentlichkeit. Der Papst schloß mit den Worten: „Gebt den Dialog nicht auf! Auch in Zukunft werde ich euch im Gebet nahe sein: Laßt alle eins sein, damit Österreich glaube!“

Dieses päpstliche Lob für den „Dialog für Österreich“, den vor allem Bischof *Johann Weber* gegen zähe Widerstände durchsetzte, war wichtig, da vom 23. bis 26. Oktober in Salzburg ein gesamtösterreichischer Delegiertentag unter Einschluß aller Strömungen und Gruppierungen des österreichischen Katholizismus stattfinden wird. Bei dieser Gelegenheit sollen die nächsten Schritte zur Überwindung der österreichischen Kirchenkrise besprochen werden. Einen Tag nach dem Papstbesuch trat dann Bischof Weber als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz zurück. Er hatte in den vergangenen Jahren unter widrigsten Umständen und oft unbedankt die Stellung gehalten und unzumutbare Machtansprüche verhindert. Jetzt wurde Kardinal Schönborn in diese Funktion gewählt.

So wichtig das alles war und ist – die eigentliche Wirkung des Papstbesuches auf viele Menschen dürfte im Zeichenhaften gelegen haben. Unvergesslich zum Beispiel die Szenen im Dom zu Salzburg, wo sich Johannes Paul II. buchstäblich an Kinderhänden in das Kircheninnere vorhangelte und dabei Jungen wie Alten, mit besonderer Zärtlichkeit aber behinderten Menschen über den Kopf strich. Gerade in einer Zeit, in der ein rücksichtsloser, ökonomisch bestimmter Neodarwinismus modisch geworden ist und oft nur die Starken, Tüchtigen und Erfolgreichen zählen, war dies ein menschlich berührendes Zeichen, das mehr als tausend Worte aussagte. Nicht weniger bewegend verlief der Besuch des Papstes in einem Hospiz für Schwerkranke und Sterbende in Wien, wo der Papst in all seiner Gebrechlichkeit Trost spendete. Auf diese Weise ist das Paulus-Wort deutlich geworden: „In meiner Schwäche bin ich stark.“ Das ist auch über den Bildschirm herübergekommen und genau das hat viele Menschen bewegt. Ein Indiz dafür: Trotz der relativ geringen Teilnehmerzahlen bei diesem Papstbesuch haben die Übertragungen im Fernsehen mehr Zuschauer gefunden als die gleichzeitig stattfindende Fußball-Weltmeisterschaft.

Fritz Csoklich

Offener Streit in Italien

Politische Kontroverse um ethische Fragen und kirchliche Interessen

Die Kirche hat in Italien in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit an Vertrauen und Ansehen gewonnen. Gleichzeitig gibt es aber Reibungsflächen zur Politik der gegenwärtigen Regierung unter Romano Prodi. Im Hintergrund stehen Auseinandersetzungen um die Frage, ob sich die früher in der DC gegebene politische Einheit der Katholiken in anderer Form wiederbeleben läßt.

In Italien gibt es seit Monaten offenen Streit zwischen der Kirchenführung und der von dem katholischen Wirtschaftsprofessor und ehemaligen Chef des Staatskonzerns IRI, *Romano Prodi*, geführten Mitte-Links-Regierung. Daran beteiligt sind sowohl führende Köpfe im Episkopat wie vatikanische Stellen. Indirekt oder auch direkt darin involviert ist der Papst selbst. Ungewöhnlich daran ist nicht nur die zeitweise Heftigkeit des Schlagabtauschs; irritierend, wenigstens auf den ersten Blick, ist auch die „Schlachtordnung“. Gerät dabei doch vor allem eine politische Formation ins Visier bischöflicher Autoritäten und vatikanischer Stellen, deren Katholischsein und deren kirchliche Ergebnisse gemeinhin nicht in Frage steht.

Gemeint ist der Teil der ehemaligen Christdemokraten, der sich als *Partito Popolare Italiano*, als Italienische Volkspartei, dem Mitte-Links-Bündnis „Ulivo“ angeschlossen hat und zusammen mit der PDS, den aus der ehemaligen KPI hervorgegangenen Linksdemokraten, und den Grünen die

gegenwärtige Regierung bilden. Ungewöhnlich ist auch, daß sich der Ministerpräsident selbst, der den Ulivo seinerzeit ins Leben gerufen und zum Sieg geführt hat und der persönlich der Popolaripartei zuzurechnen ist, auch wenn er keinerlei Parteiamt bekleidet, sich aus dem nicht zuletzt für ihn selbst peinlichen Gezerre bislang heraushalten konnte.

Dabei können die in Frage stehenden Streitthemen für das Kirche-Staat-Verhältnis klassischer gar nicht sein. Begonnen hat es ursprünglich mit kirchlicher Kritik an der *Drogenpolitik* der Regierung und an diversen Substitutionsexperimenten einzelner lokaler und regionaler Gebietskörperschaften. Inzwischen aber stehen weit zentralere Themen zur Debatte. Es geht um die Schule, um die Familie, um Ehe und Sexualität im Zusammenhang mit der zeitgenössischen Fortpflanzungsmedizin, um Embryonenschutz, um künstliche Befruchtung u.a.m.; alles Themen, die seit Jahren überall unter dem etwas nebulösen Stichwort „Werte“ abgehandelt oder in Italien auch als „scelte morali“, als „moralische Optionen

des Landes“ begriffen werden. Lauter Grundsatzfragen also, die vor allem das Verhältnis von Politik, Ethik und Recht und im Falle der Schule neben dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft auch handfeste kirchliche Interessen berühren.

Zu allen drei Themenkomplexen – Schule, Familie, Elternschaft – befinden sich zur Zeit *Gesetzesentwürfe* in unterschiedlichen Stadien parlamentarischer Behandlung. Beim Thema Schule steht vor allem die Gleichstellung der privaten, allergrößtenteils katholischen Schulen mit den staatlichen im Vordergrund. Private Schulen sind in der Regel auch in Italien staatlich anerkannt oder können sich um die staatliche Anerkennung bemühen. Es gibt aber für die katholischen Schulen – das sind knapp sieben Prozent aller Schulen – wie auch für die wenigen sonstigen Privatschulen – Teilsubventionen im örtlichen und regionalen Bereich, aber keine staatliche Finanzierung. Die Kirche will diesen Zustand nicht mehr länger hinnehmen. Der Papst selbst beklagte vor der letzten Vollversammlung der Italienischen Bischofskonferenz im Mai die Nichtfinanzierung durch den Staat als „unglückliche Anomalie“, die Italien keine Ehre mache.

Und der Vorsitzende der Bischofskonferenz sekundierte ihm bei gleichem Anlaß mit der Feststellung: Im Unterschied zu anderen großen europäischen Nationen sei die freie Schule in Italien praktisch in ihrer Existenzfähigkeit behindert (vgl. „Osservatore Romano“, 22./23.5.98). Die Ulivo-Regierung ist bereit, den Staat an der Finanzierung auch der Privatschulen zu beteiligen. Der jetzt im parlamentarischen Verfahren befindliche Gesetzesentwurf sieht eine entsprechende Regelung vor. Eine volle Gleichstellung der privaten Schulen mit den öffentlichen wird sich aber durch die gegenwärtige Koalition kaum erreichen lassen, zumal die Altkommunisten von der Rifondazione Comunista, auf deren Stimmen der Ulivo in der Abgeordnetenkammer angewiesen ist, sie entschieden ablehnt, u. a. mit der Begründung, die „Parität“ schade der öffentlichen Schule und privilegiere die Reichen.

Streitthemen, die klassischer nicht sein könnten

Es geht bei der Schulfrage aber keineswegs, wie in der öffentlichen Polemik gelegentlich der Eindruck entstand, allein und auch nicht in erster Linie um die Finanzierung der Privatschulen. Vielmehr ist in Italien zur Zeit eine *umfassende Schul- und Bildungsreform* im Gange, die zum einen die Organisation zum anderen die Bildungsinhalte betrifft: Das Pflichtschulalter wird auf 16 Jahre erhöht; die Lehrerausbildung wird von den bisherigen Seminaren und Bildungsanstalten in akademische Strukturen überführt. Das Abitur wird neu zugeschnitten; die in den Grund- und weiterführenden Schulen zu vermittelnden „essentiellen Wissensstoffe“ sollen neu festgelegt werden. In dem Zusammenhang wird von kirchlicher Seite beklagt, daß in den bisherigen Kommissionsarbeiten Religion und speziell das Christentum als kulturstiftende Kraft zu wenig berücksichtigt würden. Und man befürchtet eine weitere Marginalisie-

rung der „Religionsstunde“, die zwar konsequent einmal in der Woche bereits ab dem Kindergarten stattfindet, aber schon jetzt unzureichend in den Schulalltag integriert ist, und auch um Ausbildung und schulische Stellung der Religionslehrer.

Aber weit heftiger noch als um die Schulfrage wurde in den letzten Monaten um Familien- und Prokreationsfragen gestritten, soweit es sich dabei um Grundsatzfragen der christlichen Ethik handelt und soweit Gesetzgebungsbemühen und ethische Anforderungen dabei in Gegensatz geraten. Die geplante Neuregelung der Familienbeihilfen (Kindergeld und steuerliche Erleichterungen) soll auf die nichtehelichen Lebensgemeinschaften ausgedehnt werden. Darin sehen die kirchlichen Partner im Streit einen Anschlag auf das Wesen der Familie als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Ein Kompromißvorschlag sieht vor, daß nur nichteheliche Gemeinschaften mit Kindern ehelichen Gemeinschaften mit Kindern gleichgestellt werden. Dies ist den Kommunisten und den Grünen aber zu wenig, sie wollen die volle Gleichstellung der Unverheirateten mit den Verheirateten, und die kirchliche Seite sieht auch darin einen Ansatz zur „Zerstörung von Ehe und Familie“.

Bei der Fortpflanzungsmedizin geht es in erster Linie um die gesetzliche Regelung der künstlichen Befruchtung. Auch die kirchlichen Kontrahenten wenden sich nicht gegen eine im übrigen längst überfällige gesetzliche Regelung. Diese sieht aber u. a. die rechtliche Zulässigkeit auch der heterologen Insemination vor. Die kirchliche Seite hält dies für völlig inakzeptabel. Es sei nicht nur ethisch verwerflich, sondern auch im Widerspruch zur Verfassung, wie übrigens die Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Gemeinschaften auch.

Zu all diesen Streitpunkten gesellt sich als für sich allein schon beherrschendes Thema die *Abtreibungsfrage*. Im vergangenen Mai waren es zwanzig Jahre seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes über den Schwangerschaftsabbruch – eine weitmaschige Indikationenregelung, die den Schwangerschaftsabbruch während der ersten drei Monate praktisch straffrei gibt, mit einer ebenfalls weitmaschigen medizinischen wie sozialen Indikation (vgl. HK, Juli 1978, S. 337). Das Referendum vom Mai 1981 – es fand wenige Tage nach dem Attentat auf Johannes Paul II. statt – durch das das Gesetz zu 67,9 gegen 32,1 Prozent der Abstimmenden bestätigt wurde, hat den Papst wie die Bischöfe tief enttäuscht und wirkt bis heute wie ein Trauma. Wie stark das Trauma nachwirkt, zeigt der massive Vorwurf des Papstes bei einer Audienz Ende Mai für die italienische „Bewegung für das Leben“, in Italien seien in den letzten 20 Jahren „begünstigt durch das Gesetz“ 3,5 Millionen Kinder „weggeschafft“ worden – über die Zahl derer hinaus, die heimlich beseitigt worden seien.

Es war der gleiche Ton, den Kardinal Ruini schon Tage vorher bei der Eröffnung der Vollversammlung des Episkopats angeschlagen hatte, als dieser feststellte, Millionen menschlicher Wesen hätten wegen Abtreibung nicht zur Welt kommen können, und wie der Papst energisch eine Änderung

des Gesetzes 194, des italienischen § 218, forderte, während fast zur gleichen Zeit einer der führenden Bevölkerungswissenschaftler des Landes, *Massimo Livi Bacci*, in einem Gespräch mit dem „Corriere della Sera“ (24.5.98) die Behauptung wagte, die Zahl der Abtreibungen seien in Italien seit Bestehen des Gesetzes von rund 200 000 auf 120 000 jährlich zurückgegangen.

Polemiken und Klarstellungen zweier Kardinäle

Die Äußerungen des Papstes wie die des Konferenzvorsitzenden hätten trotz des scharfen Tons vermutlich weit weniger Furore gemacht, wären sie nicht vom „Osservatore Romano“ und vom „Avvenire“, der offiziellen Tageszeitung des Episkopats, kampagnenmäßig begleitet worden. Kampagnen, in denen die Katholiken in der Regierungskoalition, in erster Linie die Vertreter der PPI, mit Vorwürfen überhäuft wurden, als ob besonders sie und die gegenwärtige Koalition insgesamt an allem Schuld wären: an den hohen Abtreibungszahlen, an einer schlechten Familienpolitik, am mangelnden Einsatz für die katholischen Schulen und an den herrschenden libertären Vorstellungen von Ehe und Familie. Einzelne wurde bei Bischöfen und Kommentatoren sogar die Forderung laut, die Vertreter der Popolari-Partei sollten der Glaubwürdigkeit als Katholiken wegen der Mitte-Links-Koalition verlassen, während die kirchliche Kritik an der Regierung und den sie stützenden Parteien der Mitte-Rechts-Opposition, in der das katholische Gewissen gewiß nicht schneller schlägt als in der Ulivo-Koalition, eine höchst willkommene Gelegenheit bot, um sich der Kirche und vor allem den katholischen Wählern als die kirchenfreundlichere Alternative zu empfehlen.

Was Wunder, daß Popolari-Chef *Franco Marini* wie einigen seiner Gefährten öffentlich der Kragen platzte, und Marini sich nicht nur heftig gegen die „Vereinnahmung“ des Papstes zu politischen Zwecken wehrte, sondern seinerseits die bischöflichen Kontrahenten samt deren publizistischen Verstärkern zur Ordnung rief. Dem „Avvenire“ empfahl er, es mit der Wahrheit etwas genauer zu nehmen und sich nicht schlicht als „Hausorgan“ der Berlusconi-Partei zu gerieren. Den „Osservatore Romano“ fragte er, ob es Aufgabe des Vatikanblattes sei, politische Polemik auf niedrigstem Niveau zu betreiben. Und für seine Partei stellte er trocken fest, die Popolari bekannten sich zur Lehre der Kirche als verbindlichen Bezugspunkt. In allem übrigen aber seien auch die Bischöfe „Menschen wie wir und können irren, sobald sie den Bereich der Lehre verlassen und politisch argumentieren“ (vgl. dessen Interview mit dem „Corriere della Sera“ vom 5.6.98).

Marinis „Klarstellung“ brachte allerdings noch lange nicht das Ende der Debatte, sondern heizte die Auseinandersetzung zusätzlich an – mit einer Menge unqualifizierter Spekulationen von Politikern und Medienleuten im Gefolge, so daß der Popolarichef Tage später den Sinn seiner Äußerun-

gen noch mehrmals „erklären“ mußte (vgl. u. a. „La Repubblica“, 3.7.98). Als so ungewöhnlich wurde es in der italienischen Öffentlichkeit offensichtlich empfunden, daß ein katholischer Politiker kirchenoffizielle Presseorgane und gar Bischöfe öffentlich zurechtweist.

Eine der produktiven Folgen von Marinis Temperamentsausbruch war allerdings ein sehr klares Wort *des* Kardinals, der in Italiens Episkopat nach wie vor eine intellektuelle Sonderstellung einnimmt und dessen Wort weit über seine Diözese hinaus kaum weniger aufmerksam gehört wird als die Reden des Konferenzvorsitzenden und des Papstes. Kardinal *Martini*, der Erzbischof von Mailand, nahm seinen Auftritt vor Dozenten und Hörern von Einrichtungen für politische und soziale Bildung seiner Diözese Mitte Juni zum Anlaß, den Kern der Auseinandersetzung grundsätzlich anzugehen und durch die nötige Unterscheidung bei Sachverhalten und Zuständigkeiten zu entschärfen. (Vgl. den Wortlaut in „il regno“, 1.7.98).

In allem Streit, unterstrich der Kardinal, gelte es auseinanderzuhalten:

- Grundsatzfragen, die die Formulierung und Interpretation ethischer Prinzipien betreffen, wie die Nichterlaubtheit von Abtreibung oder künstlicher Befruchtung, die Freiheit der Schule, das Subsidiaritätsprinzip u.ä.;
- Tatsachengesichtspunkte: z. B. ob ein bestimmtes Gesetz verfassungsgemäß sei oder nicht;
- Fragen des Gesetzgebungsverfahrens, damit die Art und Weise, wie in einer Demokratie ethische Prinzipien in Gesetze überführt werden;
- Fragen, die das Für und Wider politischer Optionen betreffen, z. B. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Koalition oder die Entscheidung für oder gegen den „bipolarismo“.

Dann stellte Martini fest:

1. Es gelte klar zu unterscheiden zwischen unveränderlichen ethischen Prinzipien und politischem Handeln. Letzteres müsse sich zwar wohl an ersteren orientieren, könne die ethischen Prinzipien aber nicht direkt umsetzen, sondern seine Aufgabe sei „die konkret mögliche Verwirklichung des Gemeinwohls in einer gegebenen Situation“. Zur Verdeutlichung dieses Punktes berief Martini sich auf Nr. 73 von „Evangelium vitae“, wo der Papst in bezug auf die verschiedenen Gesetzgebungen zur Abtreibung feststellte, es sei für einen Abgeordneten moralisch legitim einem weniger guten Gesetz zur Vermeidung eines noch schlimmeren zuzustimmen.
2. Wenn Bischöfe sich öffentlich äußern, tun sie es, um die ethischen Prinzipien zu verteidigen und nicht um konkrete Hinweise für politische Lösungen zu geben. Dies sei Sache der in der Politik tätigen Christen.
3. Wenn die Bischöfe öffentlich und amtlich sprechen, tun sie es einzeln für ihre Diözesen oder in Form von Gemeinschaftsentscheidungen der Bischofskonferenz („con decisioni assembleari della Conferenza episcopale“). Bischöfe identifizieren sich mit keinem Presseorgan, auch wenn sie

speziell solche Publikationen fördern, die gezielt für die ethischen Grundsätze eintreten. Und soweit einzelne Bischöfe sich nicht zu ethischen Prinzipien oder zu notwendigen Folgerungen daraus äußerten, seien ihre Beiträge nach dem Wert ihrer Begründungen zu beurteilen.

4. und 5. Ob ein Gesetz der Verfassung entspreche oder nicht, könne weder nach konfessionellen noch nach politischen Kriterien festgestellt werden, sondern nur durch eine saubere juristische Exegese – dies gelte auch für die Verfassungsgemäßheit oder -nichtgemäßheit der heterologen Insemination. Dabei müsse genau unterschieden werden zwischen ethischem Prinzip und seiner Verankerung oder Nichtverankerung in der Verfassung. Das ethische Prinzip aber gelte selbstverständlich unabhängig davon, ob es Inhalt der Verfassung sei oder nicht. Gerade deswegen sei es notwendig zu bekräftigen, daß der in Frage stehende Gesetzentwurf zur künstlichen Befruchtung ethische Prinzipien, z. B. das Recht des Kindes auf Familie und persönliche Identität verletze.

Und schließlich 6. sowie 7.: Nicht Lärm und Emotionen hülften weiter, sondern verantwortliche moralische und politische Reflexion, und immer müsse man sich vor politischen, parteipolitischen und machtpolitischen Instrumentalisierungen hüten.

Kardinal Ruini reichte zwei Wochen später im „Avvenire“ (30.6.98) ebenfalls eine Klarstellung nach. Auch Ruini warnte vor politischer Instrumentalisierung. Auch er unterstrich – indirekt auf Martini Bezug nehmend – den Unterschied zwischen lehramtlichen Äußerungen von Bischöfen und Beiträgen der Presse. Aber auch Presseorgane müßten im Sinne der lehramtlichen Darlegung ethischer Prinzipien sich mitten in der kulturellen und politischen Debatte frei bewegen können. Und zur Unterscheidung zwischen ethischen Prinzipien und deren Verwirklichung im politischen Prozeß wollte er doch deutlich festgehalten haben: Es genüge nicht eine grundsätzliche Orientierung an der kirchlichen Unterweisung, sondern diese müsse auch „im Zusammenhang der konkreten historischen Situation beachtet werden“; nur so könnten Katholiken kreativ und innovativ sein.

Die Kirche bewegt sich auf schmalen Grat

Solche Klarstellungen, die auch einen Blick in das tatsächliche Meinungsbild im italienischen Episkopat erlauben, und mit denen katholische Politiker in den verschiedenen politischen Formationen gut leben können, wären kaum notwendig gewesen, und der Streit wäre trotz der ethischen und politischen Bedeutung der Streitthemen wohl kaum so temperamentvoll geführt worden, befände sich Italien zur Zeit nicht in einer politisch besonders schillernden Entwicklungsphase. Zum einen ist auf Grund eines noch unvollständigen Mehrheitswahlrechts (vgl. dazu auch HK, Juli 1998, S. 330) aus dem italienischen Vielparteienkonglomerat ein noch unvollendetes, in seinen Haltestrukturen brüchiges Zweilagersys-

tem, eben der sogenannte „bipolarismo“ entstanden. Dieser wird mehrheitlich als Fortschritt angesehen. Ministerpräsident Prodi hat sich ihm ganz verschrieben als dem einzigen möglichen Weg zu einer „vollständigen“ Demokratie. Seine Verwirklichung und Stabilisierung ist neben der inzwischen realisierten Teilnahme am Euro-Europa Prodis wichtigstes Ziel. Erreichbar ist es freilich nur durch eine – einstweilen gescheiterte – Neuordnung der verschiedenen Verfassungsorgane und durch eine – noch mögliche – weitere Wahlrechtsreform hin zum reinen Mehrheitswahlrecht.

Zum anderen wächst die Unzufriedenheit über den „bipolarismo“ vornehmlich bei den kleinen Partnern der beiden großen politischen Formationen. Daher der Ruf nach einem neuen, möglichst „transversalen“, jedenfalls wirkungsvollem „Zentrum“, in dem sich die verschiedenen Nachfolgeparteien der ehemaligen DC mit den Resten der Koalitionspartner von einst (Liberale, Republikaner, Sozialisten) versammeln könnten. Die Gründung der „Unione Democratica per la Repubblica“ durch den früheren Staatspräsidenten *Francesco Cossiga*, zu der inzwischen rund 50 Abgeordnete der beiden Kammern gestoßen sind, deutet und strebt in diese Richtung. Manche träumen gar von der „Rückkehr der DC“ oder wenigstens von einer Rückkehr der „Democristiani“.

Dazu wird es nicht kommen. Dafür fehlen die kreativen Kräfte und die durchsetzungsfähigen Führungspersönlichkeiten. Aber die Kirche Italiens ist in diesen Gärungsprozeß tief verstrickt. Viele führende Kirchenleute haben den Untergang der DC noch nicht verarbeitet. Von der einstigen – immer ein wenig fiktiven – „politischen Einheit der Katholiken“ möchten sie wenigstens eine wie immer geartete „Einheit der Katholiken in der Politik“ retten (vgl. dazu „il regno“, 15.6.98, S. 370). Rücksicht der katholischen Gruppierungen in den verschiedenen Lagern auf die jeweiligen Koalitionsbindungen ist unvermeidlich. Kirchlicherseits fürchtet man deswegen nicht nur für ein glaubwürdiges Verhalten von Katholiken; es fehlt der Kirche auch ein politischer Ansprechpartner, der zumindest von den Machtverhältnissen her in der Lage ist, auf ihre Interessen und Vorstellungen Rücksicht zu nehmen.

Vielleicht ist man gerade deswegen geneigt, die machtpolitische Schwäche des katholischen Teils in der regierenden Koalition zu geißeln oder auch zu nutzen, um bei den größeren Formationen der gegenwärtigen Opposition um so mehr Resonanz zu finden. Im Zweifelsfall erhofft man sich von dem nationalen, konservativen und wirtschaftsliberalen Spektrum von Mitte-Rechts ohnehin mehr als von einem schwachen Sozialkatholizismus im Bündnis mit den sozialdemokratisch gewendeten einstigen Eurokommunisten, obwohl sich die gegenwärtige Koalition gerade bei der Schul- und bei der Familienpolitik unvergleichlich mehr anstrengt, den Anliegen der Kirche gerecht zu werden, als die einstige DC mit ihren – zugegeben – immer sperrigen „laizistischen“ Koalitionspartnern.

Die Kirche Italiens bewegt sich damit allerdings auf einem für sie selbst gefährlichen Terrain. Im Gegensatz zu einem

gesamteuropäischen Trend hat die Kirche in Italien im Verhältnis zu allen anderen Institutionen in den letzten Jahren an Vertrauen und Ansehen gewonnen. Der eingefleischte bürgerliche und auch proletarische Antiklerikalismus ist fast ganz verschwunden, findet sich höchstens noch bei einigen

kämpferisch „laizistischen“ Intellektuellen und in Resten bei den Altkommunisten. Überfordert die Kirche das „laikale“ Italien durch allzu forsches politisches Auftreten, kann sie die erstorbenen Geister von einst rascher wiedererwecken, als ihr und der Sache, die sie vertritt, guttut. *Andrea Dallago*

„Geistliche Inseln bilden“

Ein Gespräch mit Pater Dietger Demuth, dem Vorsitzenden der
Vereinigung Deutscher Ordensobern

Nachwuchsmangel und Rückzug aus traditionellen Arbeitsfeldern bestimmen die Situation der meisten Ordensgemeinschaften in Deutschland und anderen Ländern Europas. Wie kommen die Orden mit dieser Entwicklung zurecht? Welche Impulse gehen von ihnen heute für Kirche und Gesellschaft aus? Darüber sprachen wir mit P. Dietger Demuth, Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Ordensobern (VDO) und Provinzial der Kölner Provinz der Redemptoristen. Die Fragen stellte Ulrich Ruh.

HK: Herr Pater Demuth, vor kurzem hat die Vereinigung Deutscher Ordensobern in Anwesenheit von kirchlicher und politischer Prominenz ihr hundertjähriges Bestehen festlich begangen. Aber gibt es derzeit für die Orden gerade auch in Deutschland, aber auch in anderen Ländern des westlichen Europa, überhaupt etwas zu feiern?

Demuth: Unser Jubiläum galt zunächst einmal der dankbaren Erinnerung. Schließlich kann sich die Geschichte der Vereinigung Deutscher Ordensobern durchaus sehen lassen. Am Anfang kamen die Oberen der Missionsorden zusammen; schon damals standen also weniger die eigenen Interessen der Orden im Vordergrund als ihr Zeugnis in anderen Teilen der Welt. Unter der nationalsozialistischen Herrschaft haben die Orden dann eine sehr respektable Rolle gespielt, nicht zuletzt durch den Ordensausschuß, der für eine härtere Position der katholischen Kirche gegenüber dem Regime eingetreten ist und die Bischöfe zu energischerem Handeln drängte. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte wieder ein guter Neuanfang gesetzt werden. Es ist auch heute wichtig, daß es einen Zusammenschluß wie den VDO gibt, der der gegenseitigen Information dient und auch Anliegen und Interessen der Orden gegenüber bischöflichen Stellen und gegenüber dem Staat vertreten kann. Es sind auch viele gute gemeinsame Initiativen der Orden entstanden; denken Sie nur an das Institut für missionarische Seelsorge und Spiritualität.

HK: Die Leistungen der Vergangenheit in allen Ehren – aber beim Blick auf Gegenwart und absehbare Zukunft muß es vor allem angesichts des massiven Nachwuchsmangels in vielen Ordensgemeinschaften den Verantwortlichen doch angst und bange werden...

Demuth: Trotz aller Schwierigkeiten sind die Orden auch heute noch eine wichtige Stimme innerhalb der Kirche in Deutschland. Immerhin gehören den verschiedenen Priesterorden in Deutschland insgesamt noch über 7000 Mitglieder an; das ist doch ein beträchtlicher Faktor für das kirchliche Leben und die Präsenz der Kirche in der Gesellschaft. Natürlich dürfen wir den zahlenmäßigen Rückgang und die damit verbundenen Probleme nicht beschönigen. Aber gleichzeitig sollten wir in der Kraft des Glaubens und im Bewußtsein dessen, was wir nach wie vor leisten, darauf setzen, daß der Beitrag der Orden unverzichtbar ist. Lebendigkeit ist ja auch nicht allein oder nicht in erster Linie eine Frage der Mitgliederzahlen. Zwar sind Umstrukturierungen innerhalb der einzelnen Ordensgemeinschaften unumgänglich, aber auch in kleinerem Rahmen kann eine Gemeinschaft sinnvoll arbeiten und auf ihr Umfeld ausstrahlen. Im übrigen gilt ja für die Kirche in Deutschland insgesamt, daß die Zahlen kleiner werden und sie sich darauf erst einstellen muß.

„Es wäre falsch, sich in Selbstvorwürfen zu ergehen“

HK: Aber je mehr Niederlassungen aufgegeben werden müssen, je geringer die Präsenz von Ordensleuten auf ihren klassischen Arbeitsfeldern wird, desto weniger sind die Orden in Kirche und Gesellschaft sichtbar. Kann das nicht zu einer verhängnisvollen Abwärtsspirale führen?

Demuth: Die Orden sind wie alle anderen Teile der Kirche dem gewaltigen gesellschaftlich-kulturellen Wandel ausgesetzt, sie können sich der gesellschaftlichen Großwetterlage